

Richard Stöss

Die Bundestagswahl 2009:

Ergebnisse und Thesen zur Niederlage und zur Zukunft der SPD

1. Bei der Bundestagswahl 2009 handelt es sich keineswegs um eine "historische" Wahl. Vielmehr hat ein **Wechsel von einem Ausnahmezustand zur Normalität** stattgefunden. Die Große Koalition als zeitlich begrenzte "Zwangsehe" ist durch eine - aus (nur!) zwei Parteien bestehende - kleine Koalition abgelöst worden. In der Regel werden der Bund und die Länder durch kleine Koalitionen regiert, Einparteienregierungen und Große Koalitionen sind eher selten. Das Fünfparteiensystem hat sich also als funktionsfähig erwiesen. Und entgegen den Weissagungen mancher Auguren müssen in einem Fünfparteiensystem kleine Koalitionen nicht notwendigerweise aus drei Parteien bestehen.
2. Mit Blick auf die bundesdeutsche Wahlgeschichte ist die **Wählerschaft der beiden Volksparteien CDU/CSU und SPD mittlerweile dramatisch zugunsten der kleineren Parteien abgeschmolzen** (Tabelle 1, s.a. Grafik 1). Die Union erzielte mit 33,8 Prozent nach 1949 (31,0%) ihr zweitschlechtestes Ergebnis, verlor gegenüber 2005 (35,2%) allerdings nur marginal. Die SPD stürzte von 34,2 Prozent (2005) auf nunmehr 23 Prozent ab und unterbot damit sogar ihr bislang schlechtestes Resultat von 1953 (28,8%) deutlich. In diesem Fall handelt es sich in der Tat um eine "historische" Niederlage. FDP (14,6%), Grüne (10,7%) und Linkspartei (11,9%) erzielten jeweils das beste Bundestagswahlergebnis ihrer bisherigen Laufbahn. War die SPD 2005 in Ostdeutschland mit 30,4 Prozent noch stärkste Partei, so brachte sie es 2009 dort nur noch auf 17,9 Prozent (Tabelle 2). An der Spitze liegt dort nunmehr die CDU mit 29,8 Prozent, dicht gefolgt von der Linkspartei mit 28,5 Prozent, die erstmalig die SPD überholt und auf Platz drei verwiesen hat. Die Union legte im Osten übrigens gegenüber 2005 zu (von 25,3% auf 29,8%), während sie im Westen verlor (von 37,5% auf 34,6%). FDP und Grüne gewannen in beiden Gebieten, die Linkspartei überwand nun auch im Westen mit 8,3 Prozent die Fünf-Prozent-Hürde (2005: 4,9%) und stellt nun auch in der alten Bundesrepublik eine ebenso ernsthafte wie bedrohliche Konkurrenz für die Sozialdemokratie dar. Der Absturz der SPD spiegelt sich auch in ihren Landesresultaten wider. War sie 2005 noch in 12 Bundesländern (die CDU/CSU in vier) Mehrheitspartei, so verblieb ihr 2009 nur noch Bremen. Die Union eroberte die restlichen Länder - bis auf Brandenburg und Sachsen-Anhalt, wo die Linkspartei die relative Mehrheit erreichte (Tabelle 3).

3. Die Behauptung, dass es sich bei der SPD nach der dramatischen Wahl-niederlage nicht mehr um eine Volkspartei handelt, ist - jedenfalls aus parteiensoziologischer Sicht - unzutreffend. Der Begriff "Volkspartei" geht auf Otto Kirchheimer zurück, der ursprünglich von einer "catch all-party" (teilweise auch mit "Allerweltpartei" übersetzt) sprach. Dabei geht es nicht um die Größe einer Partei, sondern um den Wandel der Parteien von - verkürzt - Klassenparteien¹ zu Volksparteien. Während sich erstere ideologisch orientiert auf die Interessen einer Klasse oder eben einer klar umrissenen Klientel berufen, richten sich letztere an das ganze Volk. Volksparteien bemühen sich - wenn auch mit bestimmten Schwerpunkten - um Stimmen aus allen gesellschaftlichen Schichten für die Unterstützung ihrer Kandidaten (daher catch all). **Insofern ist die SPD nach wie vor eine Volkspartei.**

4. Dass die beiden Volksparteien CDU/CSU und SPD im Laufe der Jahre Stimmen an die kleineren Parteien abgegeben haben (die SPD deutlich mehr als die Union²), lässt sich mit der Parteientheorie von Kirchheimer begründen. Schon Kirchheimer hat vorausgesehen, dass die Vernachlässigung der Interessen relevanter Bevölkerungsteile, der Mangel an unterscheidbaren gesellschaftsgestaltenden Konzeptionen und die bescheidenen Partizipationschancen den Volksparteien Legitimations- und Integrationsdefizite bescheren. Weil sie zu ideologisch-programmatischer Profillosigkeit neigen, begünstigen die Volksparteien unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen die Entstehung von neuen Parteien, die sich durch eindeutige gesellschaftsgestaltende Vorstellungen auszeichnen. **FDP, Grüne und Linkspartei verfügen über einen klaren (neoliberalen, libertären oder sozialistischen) "Markenkern" und stellen daher eine ernsthafte Herausforderung für die beiden Volksparteien dar.** Dies gilt insbesondere in Zeiten von Großen Koalitionen. Auch wenn die Lernfähigkeit von Großorganisationen begrenzt ist, müssen die kleineren Parteien immer damit rechnen, dass die Volksparteien diese Herausforderung auch annehmen und gegensteuern - insbesondere dann, wenn sie sich untereinander im Wettbewerb befinden. Dies ist seit der Bundestagswahl 2009 wieder der Fall.

5. **Für die Analyse des Bundestagswahlergebnisses ist die "Lagertheorie" hilfreich.** Sie bietet einen Deutungsrahmen für die Wettbewerbssituation unseres Fünfparteiensystems und für die Machtperspektiven der einzelnen Parteien. Sie eignet sich al-

1 Dies gilt in Deutschland im übertragenen Sinn auch für konfessionsgebundene Parteien, wie die Deutsche Zentrumspartei oder die Bayerische Volkspartei.

2 Dass beide Volksparteien gleichermaßen an die kleineren Parteien verloren hätten, wird mit einem Vergleich der Zweitstimmenergebnisse bei den Bundestagswahlen von 1990 und 2009 begründet. Tatsächlich lag die CDU/CSU 1990 rund 10 Prozentpunkte vor der SPD, und auch 2009 betrug der Abstand - auf niedrigerem Niveau - etwa 10 Prozentpunkte. Grafik 3 weist aus, dass der Vergleich willkürlich ist und daher keine generalisierende Aussage erlaubt.

lerdings nicht für normative Zwecke. Denn Lager übergreifende Koalitionen sind möglich (wie auch Lager übergreifende Wählerwanderungen stattfinden), und müssen auch möglich sein. Wenn der Begriff "Lager" zu statisch erscheint, kann auch von einem linken bzw. rechten Parteienspektrum gesprochen werden. Entscheidend sind drei Tatsachen: Erstens finden Wählerwanderungen primär innerhalb eines Lagers statt. Zweitens folgt das Stimmensplitting zumeist der Lagerlogik (Tabelle 9). Und drittens bilden Lager übergreifende Koalitionen seit Bestehen des Fünfparteiensystems die Ausnahme.

6. Beide Lager unterscheiden sich *im Bund* weniger hinsichtlich ihrer Größe. 1998, 2002 und 2005 fiel der Zweitstimmenanteil der Parteien des linken Spektrums sogar etwas größer aus als der des rechten Spektrums, 1994 herrschte Gleichstand und 1990 und 2009 hatten bzw. haben CDU/CSU und FDP die Nase vorn (Grafik 2). **Der gravierende Unterschied besteht in der Binnenstruktur beider Lager.** Dabei geht es nicht nur um die Anzahl der Parteien, sondern vor allem auch um die Asymmetrie³ zwischen beiden ihr Lager dominierenden Volksparteien. Seit Bestehen der Bundesrepublik ist ein gewaltiges Machtungleichgewicht zugunsten der Unionsparteien zu konstatieren (Grafik 3). Bei 14 von insgesamt 17 Bundestagswahlen erreichte die CDU/CSU ein teilweise wesentlich besseres Resultat als die SPD, 2002 herrschte ein Patt und nur 1972 und 1998 obsiegten die Sozialdemokraten mit 0,9 bzw. 5,7 Prozentpunkten. Während die Dominanz der CDU/CSU im aus zwei Parteien bestehenden rechten Spektrum unangefochten ist, hat es die SPD in ihrem Lager mit zwei Parteien zu tun, die mittlerweile zusammen fast genauso stark sind wie sie selbst. Von Dominanz kann unter diesen Bedingungen derzeit kaum noch die Rede sein. Darüber hinaus sind die beiden Parteien des rechten Spektrums miteinander uneingeschränkt koalitionsfähig, während im linken Spektrum - jedenfalls bisher - eine Partei als nicht koalitionsfähig gilt. Und schließlich wird neuerdings innerhalb der Grünen die Zugehörigkeit zum linken Lager in Frage gestellt. Binnenstrukturell ist es um das linke Lager also deutlich schlechter bestellt als um das rechte Lager, das mithin über wesentlich bessere Wettbewerbsbedingungen verfügt.
7. **Charakteristisch für das Fünfparteiensystem der Bundesrepublik ist, dass die Parteien des linken Spektrums auf der nationalen Ebene eine Machtperspektive nur unter Einbeziehung der Linkspartei haben.** Keine der drei Parteien verfügt über eine eigene Machtoption. Von der SPD erwartet man diesbezüglich noch mehr als von den Grünen und der Linkspartei ein überzeugendes Konzept. Sie kann auf eine rot-grüne Mehrheit hoffen (ist auf längere Sicht illusorisch) oder als Juniorpartner einer Großen Koalition fungieren (was nicht absehbar ist und ihr erfah-

3 Zweitstimmendifferenz der beiden größten Parteien eines Systems.

rungsgemäß auch nur Nachteile bringt). Die Grünen könnten darauf spekulieren, dass sie von der Union an Stelle der oder zusätzlich zur FDP ins Boot geholt werden. Beides ist in Anbetracht der gegenwärtigen Stärke der FDP wenig realistisch. Und wenn die Wählerschaft der FDP etwas abschmilzt - was wahrscheinlich ist -, dürften ihre Verluste den Unionsparteien zugute kommen. Die *Linkspartei* hat alleine überhaupt keine Machtperspektive. Eine "Ampel"-Koalition im Bund ist mittelfristig nicht zu erwarten. Voraussetzung wäre auch, dass die FDP ihre neoliberale Prägung aufgibt (warum sollte sie das tun?), dass sich innerhalb der Partei die "libertären" Kräfte (stellen nur eine winzige Gruppe dar) durchsetzen. Lager übergreifende Koalitionen dürften mithin auf absehbare Zeit nicht auf der Tagesordnung der Bundespolitik stehen.

8. **Das Lagerdenken bestimmte die Wahlkampfstrategie von CDU/CSU und FDP.** Beide gaben als hauptsächliches Ziel aus, einen "Machtwechsel"⁴ zugunsten des linken Lagers zu verhindern. Die Liberalen hatten aus früheren Kampagnen gelernt, dass der Verzicht auf eine Festlegung zugunsten der Union ("Äquidistanz" gegenüber CDU/CSU und SPD) kaum zur Mobilisierung ihrer Anhänger führt, und sich 2005 und erst recht 2009 auf ein Bündnis mit der Union festgelegt. Das gilt entsprechend für die CDU/CSU. Dass sie sich eine Zeitlang ein Hintertürchen zur SPD offen hielt, hatte - mit Blick auf die späteren Koalitionsverhandlungen mit der FDP - rein taktische Gründe.
9. **Umgekehrt wollten SPD, Linkspartei und Grüne unbedingt eine schwarz-gelbe Koalition verhindern.** Sie hatten allerdings keine überzeugende Antwort auf die Frage, worin die Alternative dazu besteht und wie sie realisiert werden kann. Besonders verwirrend war die Haltung der SPD, die einerseits im Sinne der Lagertheorie das Schreckgespenst einer konservativ-neoliberalen Koalition⁵ an die Wand malte, andererseits aber eine Zusammenarbeit mit beiden Parteien des rechten Spektrums - sei es in einer Großen Koalition oder in einer Ampel - für möglich hielt.
10. **Der Sieg von Schwarz-Gelb war seit langer Zeit absehbar.** Beide Parteien erreichten gemeinsam in den Umfragen der vergangenen zwei Jahre zumeist Werte knapp unterhalb der Fünfzig-Prozent-Marke (Grafik 4). Dass dies für eine Mandatsmehrheit im Bundestag reicht, zeigte sich auch bei vergangenen Bundestagswahlen: 1994 brachten es CDU/CSU und FDP nur auf 48,3 Prozent der Zweitstimmen, für den rot-grünen Machtwechsel 1998 reichten

4 Eigentlich: Regierungswechsel. Denn bei einem Machtwechsel geht das Amt des Regierungschefs (Bundeskanzlers) von einer Partei auf eine andere über. Bei einem Regierungswechsel ändert sich nur die Zusammensetzung der Koalition, das Amt des Regierungschefs verbleibt bei derselben Partei.

5 Nach Ansicht vieler Wähler handelte es sich dabei übrigens keineswegs um eine bedrohliche Konstellation.

47,6 Prozent, und 2002 konnten SPD und Grüne ihre Koalition mit nur 47,1 Prozent fortsetzen (Grafik 5). Zudem stellte die Partei den Regierungschef, die mehr Direktmandate erzielte als die andere Volkspartei. Das entsprechende Verhältnis zwischen CDU/CSU und SPD betrug 1994 221 zu 104 (Kohl blieb Kanzler), 1998 112 zu 212 (Schröder wurde Kanzler), 2002 125 zu 171 (Schröder blieb Kanzler), und 2005 150 zu 145 (Merkel wurde Kanzlerin einer Großen Koalition) (Tabellen 4 bis 7). **Für 2009 war ein deutlicher Vorsprung der Union bei den Direktmandaten zu erwarten.** Denn die beiden Parteien des rechten Spektrums würden sich gegenseitig - wie auch schon bei früheren Bundestagswahlen - durch Stimmensplitting unterstützen. Die Chancen des linken Spektrums auf Direktmandate waren dagegen drastisch gesunken. Denn zum einen verlor die SPD in Umfragen (nicht erst) seit der Bildung der Großen Koalition dramatisch an Zuspruch. Zum anderen war ihr mit der Fusion von PDS und WASG auch in den westlichen Ländern ein ernsthafter Konkurrent erwachsen, dessen Anhänger wenig Bereitschaft zeigen würden, die Wahlkreiskandidaten der SPD zu unterstützen. Und auch die Grünen ließen eine zunehmende Distanz gegenüber der SPD erkennen. Und so ist es dann ja auch gekommen. Die SPD verlor gegenüber 2005 68 Wahlkreise an die CDU/CSU und 13 Wahlkreise an die Linkspartei. Die Unionsparteien steigerten ihre Direktmandate von 150 auf 218 und die Linkspartei von drei auf 16. Der SPD verblieben 64 Direktmandate, die Grünen eroberten wie bereits bei den Wahlen 2002 und 2005 ein Direktmandat (Tabellen 7, 8). Insgesamt kann sich Schwarz-Gelb auf 20 Mandate über der "Kanzlermehrheit" (312 Mandate) stützen. Unter den Wahlkreisen, die von der SPD an die CDU übergegangen sind, befinden sich 24, die die Unionskandidaten mit einem Abstand von unter acht Prozentpunkten gegenüber den SPD-Kandidaten erobert haben. Schwarz-Gelb wäre vermutlich gescheitert, wenn mehr Wähler der Grünen und der Linkspartei ihr Votum zugunsten der SPD gesplittet hätten (und wenn auch SPD-Wähler ihre Erststimme aussichtsreichen Kandidaten der Grünen oder der Linkspartei gegeben hätten).

11. Das Fünfparteiensystem der Bundesrepublik wurde bislang vor allem unter koalitionspolitischen Aspekten diskutiert. **Folgt man der Lagertheorie, dann sind auch wahlarithmetische bzw. wahltaktische Gesichtspunkte bei der Verteilung der Erststimmen bzw. der Direktmandate zu beachten.** Für die Bundesebene gilt, dass das rechte Parteienspektrum hier im Vorteil ist, weil es - wie erwähnt - nur aus zwei, miteinander koalitionsfähigen und - jedenfalls 1998, 2005 und 2009 - auch koalitionswilligen Parteien besteht. Im linken Lager konkurrieren die Direktkandidaten der SPD mit zwei anderen Parteien, von denen ihnen wenigstens eine (die LP/PDS) nicht gerade freundlich gesonnen ist. Dies wirkte sich 2009 besonders nachteilig für die SPD aus, weil erstens die Linkspartei die SPD im Osten überholt hat und nun auch im Westen der Republik zu beachtlicher

Stärke gelangt war und zweitens die Fixierung der Grünen auf die SPD nachgelassen hat. Ein Blick auf das Stimmensplitting seit 1998 (Tabelle 9) zeigt, dass die Zweitstimmenwähler der FDP ihre Erststimme zumeist der CDU/CSU geben. 1998 und 2005 taten das zwei Drittel von ihnen. 2002 hatte die FDP-Führung die Strategie der "Äquidistanz" propagiert, wodurch der Erststimmenanteil zugunsten der Union deutlich einbrach (37%). 2009 wuchs der Anteil wieder auf 48 Prozent, blieb aber unter der Zwei-Drittel-Marke früherer Bundestagswahlen. Vermutlich befürchteten viele Zweitstimmenwähler der FDP, dass sie mit ihrer Erststimme für die CDU/CSU die Fortsetzung der Großen Koalition begünstigen. Dennoch votierte immerhin die Hälfte von ihnen mit ihrer Erststimme für die Union, mehr als die Zweitstimmenwähler der Grünen bzw. der Linkspartei für die SPD. Zwischen 1998 und 2005 unterstützten zwischen 50 Prozent und sechzig Prozent der Zweitstimmenwähler der Grünen mit ihrer Erststimme die SPD. 2009 sank der Anteil dann auf 35 Prozent ab. Die Sympathien für ein rot-grünes Bündnis haben sich weit hin verflüchtigt, der von der Parteiführung nun propagierte Kurs der Eigenständigkeit (und wohl auch großkoalitionäre Befürchtungen) machte sich auch beim Stimmensplitting der Grünen-Wähler bemerkbar. Die Sympathien der Zweitstimmenwähler der Linkspartei bzw. der PDS für SPD-Direktkandidaten bewegt sich sowieso in sehr engen Grenzen, ihr Anteil nahm zwischen 1998 und 2009 sogar noch von 24 Prozent auf 13 Prozent ab.

12. **Im Wettbewerb um die Direktmandate hatte die SPD mithin 2009 besonders schlechte Karten.** Dies zeigt sich auch bei dem Ertrag der Erststimmen für die gewonnenen Direktmandate. Generell erzielten CDU/CSU und SPD mehr Erststimmen als Zweitstimmen, wobei sich beide Parteien hinsichtlich der Differenz zwischen Erst- und Zweitstimmen nicht sonderlich voneinander unterscheiden. So übertraf der Erststimmenanteil den Zweitstimmenanteil der SPD bei der Bundestagswahl 2009 um 4,9 Prozentpunkte, für die CDU/CSU betrug der entsprechende Wert 5,6 Prozentpunkte. Bei der vorangegangenen Wahl 2005 waren es 4,1 Prozentpunkte für die SPD und 5,7 Prozentpunkte für die Union. Unterschiedlich ist allerdings die **Wirkung der Erststimmen** (Tabelle 10a). Der Sieg von Rot-Grün war 1998 auch deshalb möglich, weil die SPD damals mit einem Erststimmenanteil von 43,8 Prozent 66 Prozent der Direktmandate (einschl. Überhangmandate) eroberte. 2002 erreichte sie mit 41,9 Prozent der Erststimmen 57,6 Prozent der Direktmandate. 2009 verkehrte sich die Relation in ihr Gegenteil: 27,9 Prozent der Erststimmen ergaben wegen der veränderten Binnenstruktur des linken Lagers nur noch 19,8 Prozent der Direktmandate für die SPD. Dagegen brachte es die CDU/CSU nun mit 39,4 Prozent der Erststimmen auf 74 Prozent der Direktmandate. (Angaben ohne Überhangmandate weist Tabelle 10b mit nur geringfügigen Abweichungen aus.)

13. Die Ursachen des Niedergangs der SPD erschließen sich erst bei einer Analyse des grandiosen Wahlerfolgs von 1998. Zur Erinnerung⁶: Die Wahl wurde mit 40,9 Prozent gewonnen, **weil die SPD erstmalig mit einer klaren Machtperspektive (Rot-Grün) und mit einer schlüssigen Zielsetzung ("Innovation und Gerechtigkeit") antrat, die auch personell durch eine Doppelspitze verkörpert wurde**: Durch den für die Modernisierung der Wirtschaft stehenden und eher Wechselwähler von Union und FDP ansprechenden Kanzler Gerhard Schröder und den für soziale Gerechtigkeit stehenden und das Stammublikum der SPD mobilisierenden Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine. Die Partei trug der verbreiteten Wechselstimmung in der Bevölkerung durch einen professionellen Wahlkampf ("Kampa") Rechnung, der sich sowohl an traditionalistisch gesinnte als auch an modernisierungsorientierte Wählerschichten, an die gewerkschaftlich orientierte Arbeitnehmerschaft und an die "neue Mitte", richtete. Die Hauptaufgabe von Wahlkämpfen, "Stammwähler halten - Wechselwähler gewinnen", wurde hervorragend gemeistert, weil sich die SPD zugleich wirtschaftspolitische und sozialpolitische Kompetenz erarbeitet hatte, was ihr einen Vertrauensvorsprung bei breiten Wählerschichten einbrachte. Es gelang der SPD allerdings nicht, dieses Wählerpolster zu stabilisieren. Sie verprellte zunächst ihre Wechselwähler, dann auch noch ihre Stammwähler.
14. **Der Niedergang der Sozialdemokratie setzte bereits unmittelbar nach der Bundestagswahl 1998 ein** (Grafik 6). Verantwortlich dafür waren nicht nur Koordinierungs- und Vermittlungsdefizite der Bundesregierung und handwerkliche Fehler bei der Regierungsarbeit sondern auch zunehmend in der Öffentlichkeit als problematisch empfundene Sachentscheidungen in der Außenpolitik (Nato-Engagement im Kosovo und Bombardierung Jugoslawiens, Einsatz der Bundeswehr in Mazedonien und in Afghanistan) und mehr noch in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Vor allem gelang es der SPD nicht, die in sie gesetzten Hoffnungen bezüglich der Bewältigung der hohen Arbeitslosigkeit und der Förderung von Wirtschaftswachstum zu erfüllen. Als Hans Eichel die Nachfolge von Oskar Lafontaine antrat (März 1999), gab er den "Sparkommissar"; das "Schröder-Blair-Papier" (Juni 1999) signalisierte die Aufgabe des Gerechtigkeitsversprechens und löste heftige innerparteiliche Diskussionen zwischen Modernisierern und Traditionalisten über die Wirtschafts- und Sozialpolitik der SPD aus; die von den Unternehmern begrüßten Steuerreformen deregulierten zwar die Finanzmärkte und fütterten

6 Richard Stöss/Gero Neugebauer: Die SPD und die Bundestagswahl 1998. Ursachen und Risiken eines historischen Wahlsiegs unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Ostdeutschland, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 2, Berlin 1998, 74 S.; (im Internet: <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/schriften/Arbeitshefte/Arbeitshefte2.pdf>); dies.: Mit einem blauen Auge davon gekommen. Analyse der Bundestagswahl 2002, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 7, Berlin, November 2002, 118 S. (im Internet: <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/schriften/Arbeitshefte/AHOSZ7.pdf>).

die "Heuschrecken", führten jedoch nicht zu mehr Wachstum und Beschäftigung; die im Frühjahr 2003 verkündete neoliberale "Agenda 2010" verursachte ein Jahr später massenhafte Proteste gegen die Arbeitsmarktreformen; im Februar 2005 überschritt die Arbeitslosenzahl die magische Fünf-Millionen-Grenze; und schließlich mussten die Arbeitnehmer auch noch die "Rente mit 67" hinnehmen. Im Ergebnis verlor die SPD dramatisch bei den Kompetenzzuschreibungen in den Bereichen soziale Gerechtigkeit, Arbeit und Wirtschaft.

15. **Das Kernproblem der SPD bestand darin, dass sie beim Regierungsantritt 1998 keinerlei konzeptionelle Vorstellungen darüber besaß, wie sich zwei so gegensätzliche Ziele wie die Modernisierung der Wirtschaft im Zeichen der Globalisierung und die Gewährleistung von sozialer Gerechtigkeit miteinander vereinbaren, wie sich zwei so unterschiedliche Wählersegmente wie die gewerkschaftlich orientierte Arbeitnehmerschaft und die "neue Mitte" elektoral integrieren lassen.** Der Partei fehlte dafür von Anfang an ein Masterplan und sie hat auch zu keiner Zeit während ihrer Regentschaft den Versuch unternommen, einen solchen zu entwickeln. Entscheidende Sachfragen wurden von Gerhard Schröder ohne innerparteiliche Debatte entschieden und teilweise mit brachialen Methoden (Vertrauensfrage, Rücktrittsdrohungen) durchgesetzt. Die Funktion der aktiven Parteimitglieder als kommunikative Verbindungsglieder zwischen Bevölkerung und Parteiführung war damit außer Kraft gesetzt. Das betraf gerade auch die "Agenda 2010", die eine Lähmung der Partei bewirkte und zur Gründung der WASG bzw. zur Linkspartei führte. Die SPD hat sich auch niemals bemüht, ihre Wahlergebnisse - Erfolge wie Misserfolge - schonungslos und selbstkritisch zu analysieren. Schon nach einer eingehenden Betrachtung des großartigen Wahlerfolgs von 1998 wäre sie für die ihr bevorstehenden Integrationsleistungen sensibilisiert und davor gewarnt worden, die Belange der durch Oskar Lafontaine repräsentierten Strömung innerhalb der Mitglieder- und Wählerschaft zu vernachlässigen. **Mit dem Ende der "Ära Kohl" bot sich für Rot-Grün die Chance, die Meinungsführerschaft im Lande zu erlangen. Sie wurde vertan.**
16. Sei 1998 büßte die SPD rund 10 Mio. Wähler ein: zwischen 1998 und 2002 1,7 Mio., zwischen 2002 und 2005 2,3 Mio. und zwischen 2005 und 2009 6 Mio. Der eigentliche Absturz erfolgte also während der Großen Koalition und bestätigt einmal mehr, dass ihr aus der Rolle als Juniorpartner in einer Großen Koalition (auf Bundes- und Landesebene) eher Nachteile erwachsen⁷. Das bedeutet aber auch, dass die SPD bei der Bundestagswahl 2009 mit 23 Prozent etwas unterbewertet war. **Die Wählerwanderungsbilanzen weisen aus, dass die SPD in alle Richtungen ver-**

⁷ Die Große Koalition im Bund zwischen 1966 und 1969 bildet eine Ausnahme, weil die SPD damals als Reformmotor wirkte und als solcher in der Öffentlichkeit auch anerkannt war.

lor, allerdings mit unterschiedlichen Schwerpunkten im Zeitverlauf (Tabelle 11). Bei der Bundestagswahl 2002 gingen insgesamt 72 Prozent der SPD-Abwanderer zu den beiden Parteien des rechten Spektrums (zurück), und den Grünen kam rund ein Viertel der SPD-Abwanderer zugute. Dafür optierten rund 300.000 ehemalige PDS-Wähler und 130.000 Wähler anderer Parteien für die SPD. Von 2002 auf 2005 erfolgten 31 Prozent der Verluste zugunsten des rechten Parteienspektrums, von 2005 auf 2009 waren es nur noch 24 Prozent. Knapp die Hälfte der Abwanderungen zwischen 2002 und 2005 kamen den beiden anderen Parteien des linken Lagers zugute, wobei die Linkspartei damals den Löwenanteil (41%) erhielt. Zwischen 2005 und 2009 wechselte nur noch ein Drittel der Abwanderer zu den Grünen (15%) bzw. zur Linkspartei (19%). Die Verluste ins Nichtwählerlager machten 1998/02 drei Prozent, 2002/05 16 Prozent, 2005/09 dann aber 37 Prozent aus. Dabei dürfte es sich um eine Mobilisierungsreserve der SPD handeln, weil sich diese ehemaligen Wähler der SPD nicht für andere Parteien - etwa des rechten Spektrums - entschieden haben (s.a. Tabelle 12). **Nachdem der "bürgerliche" Zugewinn der SPD von 1998 abgeschmolzen war, vollzogen sich die auf die SPD bezogenen Wählerwanderungen hauptsächlich innerhalb des linken Lagers, wobei auch die Abwanderungen zur Linkspartei gestoppt sein dürften.** Dabei ist zu bedenken, dass das linke Spektrum 2009 seine Mehrheit eingebüßt hat (Grafik 2). Die Rückkehr zur alten Stärke und damit ein Machtwechsel zugunsten des linken Lagers setzen voraus, dass Wähler aus dem rechten Lager (zurück) gewonnen werden.

17. **Mobilisierungsverlierer bei der Bundestagswahl 2009 war die SPD, dicht gefolgt von der CDU/CSU. FDP, Grüne und Linkspartei hatten ihr Wählerpotential dagegen vergleichsweise gut ausgeschöpft.** Darauf deuten bereits die Wählerstämme der Parteien⁸ hin (Grafik 7). Da diese sich mit den Wechselwählern⁹ und den demographischen Veränderungen¹⁰ zu 100 Prozent addieren, hatten die drei kleineren Parteien deutlich mehr neue Wähleranteile als die beiden großen Parteien. Bei der SPD verringerte sich der Anteil der Parteiwechsler zwischen 2005 und 2009 von 31 Prozent auf 14 Prozent und der der Einwechsler (der ehemaligen Nichtwähler) von 16 Prozent auf sechs Prozent (Tabelle 13). Das Mobilisierungsdefizit der SPD kommt auch darin zum Ausdruck, dass 2009 die Hälfte des Nichtwählerzuwachses gegenüber 2005 aus ehemaligen SPD-Wählern bestand. Ehemalige Wähler der Unionsparteien bildeten nur etwas mehr als ein Viertel dieser neuen Nichtwähler (Tabelle 14). **Die gesunkene Wahlbeteiligung ist mithin vor allem das Ergebnis der Integrations- bzw. Mobilisierungsschwäche der beiden Volksparteien. Die kleineren Parteien konnten diese Schwäche nur partiell ausgleichen.**

8 Anteil der Wähler, die 2009 dieselbe Partei gewählt haben wie 2005.

9 Wähler, die von einer Partei zu einer anderen (Parteiwechsler) oder von Nichtwahl zu Wahl (Einwechsler) gewechselt haben.

10 Erstwähler und Verstorbene, Zu- und Fortgezogene.

18. Nach der Bundestagswahl schwärmten FDP, Grüne und Linkspartei siegestrunken von neuen Wachstumschancen. Ein Blick auf die Bundestagswahlergebnisse seit 1990 (Tabelle 1) lehrt, dass dazu überhaupt kein Anlass besteht. Ein Gesetz der Serie existiert nicht. **FDP und Grüne haben ihren großen Sprung nach vorn erst während der Großen Koalition, also während eines Ausnahmezustands, vollzogen. Dies gilt auch für die Linkspartei**, die allerdings bereits 2005 - in Folge der Kooperation von PDS und WASG - das PDS-Resultat von 2002 mehr als verdoppeln konnte. Die Linkspartei wuchs vor allem zu Lasten der SPD, die Grünen verdanken ihren Zugewinn ausschließlich den Wechslern von der SPD, und die FDP profitierte überwiegend von ehemaligen Unionswählern, im weiteren dann auch von ehemaligen SPD-Wählern. Nun befinden wir uns aber wieder im Zustand der Normalität. Eine der beiden Volksparteien regiert, die andere befindet sich in der Opposition. Das Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition, das während der Großen Koalition nahezu außer Kraft gesetzt war¹¹, dürfte seine Wirkung wieder entfalten, die Wahlbeteiligung erhöhen und den sich aller Wahrscheinlichkeit nach reprofilierenden Volksparteien zu neuer Integrationsfähigkeit verhelfen. Darin liegen die Zukunftschancen der SPD.
19. **Die SPD muss endlich die Lektion von 1998 ff. lernen, und dies nunmehr unter der Bedingung einer nicht nur mehr im Osten einflussreichen Partei links neben ihr.** Ihre Wettbewerbssituation hat sich also gegenüber 1998 deutlich verändert. Um sich als **linke Volkspartei**¹² neben der altsozialistischen Linken und den libertären Grünen zu profilieren und um der rechten Volkspartei CDU/CSU Paroli bieten zu können, muss die SPD vier Probleme lösen:
- Sie muss sich erstens auf der Grundlage eines breiten innerparteilichen Diskussionsprozesses eine neue programmatische Grundlage schaffen, die die Gestaltung der sozialen Marktwirtschaft unter den Bedingungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise mit der Gewährleistung von sozialer Gerechtigkeit vereinbart und dafür konkrete Wege aufzeigt.
 - Sie muss sich zweitens wieder Kompetenz auf den Gebieten der Wirtschafts- und Sozialpolitik erarbeiten.
 - Sie muss drittens das Doppelziel von "Innovation und Gerechtigkeit" und die damit verbundenen Kompetenzen an ihrer Spitze auch personell verkörpern.
 - Und sie muss auf dieser Grundlage viertens wieder eine Wählerkoalition aus modernen Mittelschichten und gewerkschaftlich orientierten Arbeitnehmern schmieden.

11 Während der Großen Koalition bestand keine starke Opposition, weil sich FDP, Grüne und Linkspartei gegenseitig bekämpft haben.

12 "Linke Volkspartei" muss das "Alleinstellungsmerkmal" der SPD bleiben. Darin unterscheidet sie sich schließlich von den anderen Parteien. Ein Abschied vom Konzept der Volkspartei käme einem Selbstmord gleich.

Dabei muss sich die SPD ihrer schwierigen Wettbewerbssituation bewusst sein. Sie ist umzingelt von einer modernen und weithin sozialen konservativen Partei, von einer soziale Gleichheit und Gerechtigkeit verheißenden sozialistischen Partei und von einer ökologisch und freiheitlich ausgerichteten grünen Partei. Die SPD kann aus allen Richtungen gewinnen, aber eben auch in alle Richtungen verlieren, mithin in ihrer Mittelposition zerrieben werden.

20. **Auf dem Parteitag in Dresden wurde das Ergebnis der Bundestagswahl selbstkritisch als "schwere Niederlage" und als "Zäsur" in der Entwicklung der SPD bezeichnet. Ursachenanalyse und "Schlussfolgerungen für die Zukunft" wurden auf einen späteren Zeitpunkt vertagt.** Weder in den Reden des scheidenden Parteivorsitzenden Franz Müntefering und des neuen Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel noch in dem Leitantrag des Parteivorstands wurde die Wettbewerbssituation der SPD angesprochen, geschweige denn problematisiert¹³. In allen drei Dokumenten findet sich zwar der Hinweis auf den 1998 mit dem Versprechen "Innovation und Gerechtigkeit" erzielten fulminanten Wahlerfolg. Zum Beispiel Müntefering:

"Innovation und Gerechtigkeit - damit sind wir 1998 gestartet. Aber wir haben uns nicht immer klug genug, nicht klar genug und nicht rechtzeitig genug darüber abgestimmt, was mit Innovation und was mit Gerechtigkeit genau gemeint ist und wie sich beides zueinander verhält. Wie aus einem vernünftigen Miteinander von Innovation und Gerechtigkeit eine Politik werden kann, die auch noch mehrheitsfähig ist und Vertrauen schafft. Genau das muss aber geleistet werden."

Der Frage, warum dieses Konzept nicht - wenn nicht vor der Wahl 1998, dann wenigstens danach (Zeit und Ressourcen waren schließlich genug vorhanden) - ausgearbeitet wurde, ging man auf dem Dresdener Parteitag allerdings nicht nach. **Überhaupt fielen die Selbstkritik und die Konsequenzen recht oberflächlich aus.** Es wurden einige Fehler und Versäumnisse benannt und für die Oppositionszeit Aufgaben, Ziele und Initiativen aufgelistet, ohne dass ein roter Faden erkennbar geworden wäre. Es wurde lediglich gefordert, dass die Partei eine "politische Leitidee" entwickelt und vertritt, die ihre "Mehrheitsfähigkeit und Meinungsführerschaft" begründet. Wie aber gelangt eine Partei zu einer Leitidee, die bisher Grundsatzdebatten eher scheute, weil sie Flügelkämpfe befürchtete und sich ihre Führungsgruppen den Handlungsspielraum nicht einengen lassen wollten?

13 Im Leitantrag heißt es dazu lediglich: "Die SPD wird ihre Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Parteien von politischen Inhalten und Verlässlichkeit in der Zusammenarbeit und in der Regierungsbildung abhängig machen." Das klingt fast schon autistisch und wird der außerordentlich dramatischen Lage der Partei keineswegs gerecht.

21. **Für die Zukunft des nationalen Parteienwettbewerbs ist von einer dauerhaft stabilen schwarz-gelben Regierungskoalition auszugehen**, die entgegen mancher Prognosen keinen "Thatcherismus" betreiben wird. Der westeuropäische Konservatismus steht kaum noch für neoliberale Exzesse. Das gilt insbesondere für die christlich-konservativen Parteien, die sich wieder auf die sozialen Komponenten ihres Wertgefüges besinnen¹⁴. Die Oppositionsparteien werden keinen leichten Stand im Bundestag haben, erst recht dann nicht, wenn die Regierungsparteien ihre Mehrheit im Bundesrat behalten. Mit Blick auf die Chancen eines Machtwechsels ist weiterhin zu bedenken, dass die Deutschen Kontinuität und Stabilität ebenso lieben wie Ruhe und Ordnung und dass sie kaum zu abrupten Änderungen der politischen Verhältnisse neigen.
22. **Ein Machtwechsel auf Bundesebene erscheint nur unter den Bedingungen einer - allerdings gemäßigten - Polarisierung zwischen dem linken und dem rechten Parteienspektrum möglich**. Natürlich gibt es keine Koalition in der Opposition. Alle drei Oppositionsparteien sind selbständig und befinden sich auch untereinander im Wettbewerb. Und alle drei beanspruchen für sich die politisch-programmatische Vorherrschaft. Wenn sie sich allerdings gegenseitig lähmen oder gar bekämpfen, erreichen sie bestenfalls, dass sich die Wählergewichte *innerhalb* des linken Spektrums verschieben. Mit hoher Wahrscheinlichkeit führt das sogar zu einer weiteren Verminderung des linken Potenzials und damit zu einer Schwächung der Opposition insgesamt. **SPD, Linkspartei und Grüne haben derzeit auf Bundesebene nur gemeinsam eine realistische Machtperspektive**. Wenn sie einen Machtwechsel anstreben, müssen sie sich als Konfliktpartner in der Opposition verstehen. Sie müssen sich entscheiden, ob sie den Blick nach hinten richten, die Schlachten der Vergangenheit fortführen und damit die konservativ-liberale Vorherrschaft über 2013 hinaus zementieren oder ob sie nach vorne blicken und gemeinsam einen Politikwechsel auf den Weg bringen wollen.
23. **Die drei Oppositionsparteien sollten daher auf ein Bündnis für die nationale Ebene hinarbeiten, das mindestens auf einen gemeinsamen Handlungsrahmen für die Bundestagswahl 2013 zielt**. Die Oppositionsarbeit während der Legislaturperiode muss den Wählern verdeutlichen, dass ein Machtwechsel notwendig und möglich ist und dass dafür eine kompetente und solide Alternative mit einem konkreten und praktikablen Programm zur Verfügung steht. Notwendig sind weiterhin eine gemeinsame Koalitionsaussage und möglichst viele Wahlkreisabkommen zur Sicherung eines Maximums an Direktmandaten. Denkbar wären auch gemeinsa-

14 Dabei handelt es sich keineswegs um eine "Sozialdemokratisierung" sondern um einen Rückgriff auf die katholische Soziallehre, die Mitte des 19. Jahrhunderts den Begriff "soziale Gerechtigkeit" als Alternative zum Sozialismus der Arbeiterbewegung entwickelt hat.

me Aktivitäten gegen einzelne Maßnahmen der schwarz-gelben Koalition. Dabei ist in Rechnung zu stellen, dass ein Machtwechsel nur erreicht werden kann, wenn das linke Lager Stimmen aus dem rechten Spektrum (zurück) gewinnt. Radikale Forderungen sind dabei wenig hilfreich.

24. **Ein derartiges Bündnis setzt die Bereitschaft aller drei Parteien voraus, in Anerkennung ihrer Unterschiedlichkeit aufeinander zuzugehen.** Das wird ihnen zunächst schwer fallen und muss im Laufe der Oppositionsarbeit geübt werden. Die SPD muss lernen, dass sie im Alleingang auf absehbare Zeit weder "Mehrheitsfähigkeit" noch "Meinungsführerschaft" erringen wird und dass es in diesem Bündnis weder Koch noch Kellner geben kann. Das bedeutet auch, dass die SPD, die nach Lage der Dinge 2013 die Kanzlerkandidatin/den Kanzlerkandidaten stellen bzw. nominieren wird, einen für die beiden anderen Partner akzeptablen Personalvorschlag macht. Die Grünen müssen sich entscheiden, ob sie auch auf der Bundesebene ihren Kurs der Eigenständigkeit verfolgen oder in einem breiten linken Bündnis mitarbeiten wollen. Vor allem muss sich die nach der Bundestagswahl vor Selbstbewusstsein nur so strotzende Linkspartei von ihren fundamentaloppositionellen Bestrebungen verabschieden. Und sie muss akzeptieren, dass die von ihr bewusst angetretene SED-Erbenschaft ein großes Hindernis für ein Bündnis der drei Oppositionsparteien darstellt.

Korrespondenzanschrift:

Prof. Dr. Richard Stöss
Freie Universität Berlin
Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften - Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft
Otto-Stammer-Zentrum (Arbeitsstelle für Empirische Politische Soziologie)
Innestr. 21, 14195 Berlin
Tel.: (030) 838-54959; Fax: (030) 838-54960
Internet: <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsocz/mitarbeiter/stoess/index.html>
E-Mail: rstoess@zedat.fu-berlin.de

30. November 2009

Tabellen und Grafiken

Tabelle 1: Zweitstimmenergebnisse bei Bundestagswahlen 1949-2009 (%)					
	CDU/CSU	SPD	FDP	B90/G	LP[PDS]
1949	31,0	29,2	11,9		
1953	45,2	28,8	9,5		
1957	50,2	31,8	7,7		
1961	45,3	36,2	12,8		
1965	47,6	39,3	9,5		
1969	46,1	42,7	5,8		
1972	44,9	45,8	8,4		
1976	48,6	42,6	7,9		
1980	44,5	42,9	10,6	1,5	
1983	48,8	38,2	7,0	5,6	
1987	44,3	37,0	9,1	8,3	
1990	43,8	33,5	11,0	5,0	2,4
1994	41,4	36,4	6,9	7,3	4,4
1998	35,2	40,9	6,3	6,7	5,1
2002	38,5	38,5	7,4	8,6	4,0
2005	35,2	34,2	9,8	8,1	8,7
2009	33,8	23,0	14,6	10,7	11,9

Tabelle 2: Zweitstimmenergebnisse bei Bundestagswahlen 1990-2009: West-Ost-Vergleich¹⁾ (%)												
	CDU/CSU ²⁾		SPD		FDP		B90/G		LP[PDS]		REX ³⁾	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
1990	44,3	41,8	35,7	24,3	10,6	12,9	4,8	6,3	0,3	11,1	2,6	1,6
1994	42,1	38,5	37,5	31,5	7,7	3,5	7,9	4,3	1,0	19,8	2,0	1,2
1998	37,1	27,3	42,3	35,1	7,0	3,3	7,3	4,1	1,2	21,6	2,8	5,0
2002	40,8	28,3	38,3	39,7	7,6	6,4	9,4	4,7	1,1	16,9	0,9	1,7
2005	37,5	25,3	35,1	30,4	10,2	8,0	8,8	5,2	4,9	25,3	1,7	4,0
2009	34,6	29,8	24,1	17,9	15,4	10,6	11,5	6,8	8,3	28,5	1,7	3,5

1) Westdeutschland einschl. Berlin-West; Ostdeutschland einschl. Berlin-Ost.

2) In Ostdeutschland nur CDU.

3) 1990: REP, NPD, DDD; 1994: REP; 1998: DVU, NPD, REP; 2002: NPD, REP; 2005: NPD, REP; 2009: DVU, NPD, REP.

Tabelle 3: Zweitstimmenergebnisse bei den Bundestagswahlen 2005 und 2009 in den Ländern (%)

	SPD		CDU/CSU		B90/G		FDP		LP[PDS]	
	2005	2009	2005	2009	2005	2009	2005	2009	2005	2009
SH	38,2	26,8	36,4	32,2	8,4	12,7	10,1	16,3	4,6	7,9
HH	38,7	27,4	28,9	27,8	14,9	15,6	9,0	13,2	6,3	11,2
NS	43,2	29,3	33,6	33,2	7,4	10,7	8,9	13,3	4,3	8,6
Bre	42,9	30,2	22,8	23,9	14,3	15,4	8,1	10,6	8,4	14,3
NRW	40,0	28,5	34,4	33,1	7,6	10,1	10,0	14,9	5,2	8,4
He	35,6	25,6	33,7	32,2	10,1	12,0	11,7	16,6	5,3	8,5
RLP	34,6	23,8	36,9	35,0	7,3	9,7	11,7	16,6	5,6	9,4
BW	30,1	19,3	39,2	34,4	10,7	13,9	11,9	18,8	3,8	7,2
Bay	25,5	16,8	49,2	42,5	7,9	10,8	9,5	14,7	3,4	6,5
Saar	33,3	24,7	30,2	30,7	5,9	6,8	7,4	11,9	18,5	21,2
Bln	34,4	20,2	22,0	22,8	13,7	17,4	8,2	11,5	16,4	20,2
Brbg	35,8	25,1	20,6	23,6	5,1	6,1	6,9	9,3	26,6	28,5
MV	31,7	16,6	29,6	33,1	4,0	5,5	6,3	9,8	23,7	29,0
S-A	32,7	16,9	24,7	30,1	4,1	5,1	8,1	10,3	26,6	32,4
Sa	24,5	14,6	30,0	35,6	4,8	6,7	10,2	13,3	22,8	24,5
Thü	29,8	17,6	25,7	31,2	4,8	6,0	7,9	9,8	26,1	28,8
BRD	34,2	23,0	35,2	33,8	8,1	10,7	9,8	14,6	8,7	11,9

 Relative Mehrheit 2005
 Relative Mehrheit 2009

Tabelle 4: Das Ergebnis der Bundestagswahl 1994 nach Stimmen (%) und Mandaten (abs.)						
Parteien	Stimmen		Direkt	Mandate		Insgesamt
	Erstst.	Zweitst.		Liste	Überhang	
SPD	38,3	36,4	103	145	4	252
CDU/CSU	45,0	41,4	221	61	12	294
B90/G	6,5	7,3		49		49
FDP	3,3	6,9		47		47
PDS	4,1	4,4	4	26		30
REP	1,7	1,9				
Sonstige	1,1	1,7				
Summe	100,0	100,0	328	328	16	672

ohne Überhangmandate

Absolute Mehrheit ("Kanzlermehrheit")	337	329
CDU/CSU + FDP	[+4] 341	329
SPD + B90/G	301	297
PDS	30	30

Tabelle 5: Das Ergebnis der Bundestagswahl 1998 nach Stimmen (%) und Mandaten (abs.)						
Parteien	Stimmen		Direkt	Mandate		Insgesamt
	Erstst.	Zweitst.		Liste	Überhang	
SPD	43,8	40,9	212	73	13	298
CDU/CSU	39,6	35,2	112	133		245
B90/G	4,9	6,7		47		47
FDP	3,1	6,3		44		44
PDS	4,9	5,1	4	31		35
DVU	-	1,2				
REP	2,3	1,9				
NPD	0,1	0,2				
Sonstige	1,3	2,5				
Summe	100,0	100,0	328	328	13	669

ohne Überhangmandate

Absolute Mehrheit ("Kanzlermehrheit")	335	329
SPD + B90/G	[+10] 345	332
CDU/CSU + FDP	289	289
PDS	35	35

Tabelle 6: Das Ergebnis der Bundestagswahl 2002 nach Stimmen (%) und Mandaten (abs.)						
Parteien	Stimmen		Direkt	Mandate		Insgesamt
	Erstst.	Zweitst.		Liste	Überhang	
SPD	41,9	38,5	171	76	4	251
CDU/CSU	41,1	38,5	125	122	1	248
B90/G	5,6	8,6	1	54		55
FDP	5,8	7,4		47		47
PDS	4,3	4,0	2			2
Schill	0,3	0,8				
REP	0,1	0,6				
NPD	0,2	0,4				
Sonstige	0,7	1,2				
Summe	100,0	100,0	299	299	5	603

ohne Überhangmandate

Absolute Mehrheit ("Kanzlermehrheit")	302	300
SPD + B90/G	[+4] 306	302
CDU/CSU + FDP	295	294
PDS	2	2

Tabelle 7: Das Ergebnis der Bundestagswahl 2005 nach Stimmen (%) und Mandaten (abs.)						
Parteien	Stimmen		Direkt	Mandate		Insgesamt
	Erstst.	Zweitst.		Liste	Überhang	
SPD	38,4	34,3	145	68	9	222
CDU/CSU	40,9	35,2	150	69	7	226
B90/G	5,4	8,1	1	50		51
FDP	4,7	9,8		61		61
LP[PDS]	7,9	8,7	3	51		54
REP	0,1	0,6				
NPD	1,8	1,6				
Sonstige	0,8	1,7				
Summe	100,0	100,0	299	299	16	614

Absolute Mehrheit ("Kanzlermehrheit")	308
CDU/CSU + SPD	448
SPD + B90/G	273
SPD + B90/G + LP[PDS]	327
CDU/CSU + FDP	287
CDU/CSU + FDP + B90/G	338

Tabelle 8: Das Ergebnis der Bundestagswahl 2009 nach Stimmen (%) und Mandaten (abs.)						
Parteien	Stimmen		Direkt	Mandate		Insgesamt
	Erstst.	Zweitst.		Liste	Überhang	
SPD	27,9	23,0	64	82		146
CDU	32,0	27,3	173		21	194
CSU	7,4	6,5	45	-3	3	45
B90/G	9,2	10,7	1	67		68
FDP	9,4	14,6		93		93
LP	11,1	11,9	16	60		76
REP	0,1	0,4				
NPD	1,8	1,5				
DVU	-	0,1				
Sonstige	1,1	4,0				
Summe	100,0	100,0	299	299	24	622

ohne Überhangmandate

Absolute Mehrheit ("Kanzlermehrheit")	312	300
CDU/CSU + FDP	[+20] 332	308
CDU/CSU + B90/G	307	283
SPD + B90/G + LP	290	290

Tabelle 9: Stimmensplitting bei den Bundestagswahlen 1998 bis 2009: Zweitstimme nach Erststimme (%)					
Zweitstimme	Erststimme	1998	2002	2005	2009
SPD	SPD	90	87	88	87
	B90/G	3	6	5	5
	CDU/CSU	4	3	3	4
CDU/CSU	CDU/CSU	94	93	92	88
	FDP	3	3	3	5
	SPD	1	3	3	4
B90/G	B90/G	40	32	35	54
	SPD	52	60	58	33
	CDU/CSU	4	4	4	6
FDP	FDP	24	49	29	43
	CDU/CSU	63	37	63	48
	SPD	10	11	6	6
LP[PDS]	LP[PDS]	66	70	73	76
	SPD	24	22	17	13
	CDU/CSU	4	3	4	3

Datenquelle: Infratest dimap Wahlreporte 1998-2009.

Tabelle 10a: Anteile der Erststimmen und Anteile der Direktmandate* für CDU/CSU und SPD bei den Bundestagswahlen 1998 bis 2009					
Wahljahr	Direktmandate (abs.)	CDU/CSU		SPD	
		Anteil Erststimmen	Anteil Direktmandate	Anteil Erststimmen	Anteil Direktmandate
1994	344	45,0	67,7	38,3	31,1
1998	341	39,6	32,8	43,8	66,0
2002	304	41,1	41,4	41,9	57,6
2005	315	40,9	49,8	38,4	48,9
2009	323	39,4	74,0	27,9	19,8

* Direktmandate einschl. Überhangmandate.

Tabelle 10b: Anteile der Erststimmen und Anteile der Direktmandate für CDU/CSU und SPD bei den Bundestagswahlen 1998 bis 2009					
Wahljahr	Direktmandate (abs.)	CDU/CSU		SPD	
		Anteil Erststimmen	Anteil Direktmandate	Anteil Erststimmen	Anteil Direktmandate
1994	328	45,0	67,4	38,3	31,4
1998	328	39,6	34,1	43,8	64,6
2002	299	41,1	41,8	41,9	57,2
2005	299	40,9	50,2	38,4	48,5
2009	299	39,4	72,9	27,9	21,4

Tabelle 11: Verluste der SPD zwischen jeweils zwei Bundestagswahlen in Bezug auf die anderen Parteien und die Nichtwähler 1998 bis 2009			
Zeitraum	02/98	05/02	09/05
Zweitstimmenverluste insgesamt (abs.)	-1,7 Mio.	-2,3 Mio.	-6,0 Mio.
Nur Verluste (%)			
CDU/CSU	-55,4	-26,3	-15,0
FDP	-16,8	-5,1	-9,0
Grüne	-24,8	-5,9	-14,8
LP[PDS]	[+18,1]	-41,1	-19,0
Andere	[+8,1]	-5,9	-5,5
Nichtwähler	-3,0	-15,7	-36,7
Summe	100,0	100,0	100,0

Datenquelle: Berechnet nach Infratest dimap Wahltrepte 2002-2009 (ohne Erstwähler/Verstorbene u. Zu-/Fortgezogene).

Tabelle 12: Wählerwanderungen für die SPD bei der Bundestagswahl 2009			
	Stimmen (abs.)	Nachweis	%
SPD - BRD	16.200.000	Wähler 2005	
	9.990.000	Wähler 2009	
	-6.210.000	Gesamtverlust	100,0
		darunter:	
	-880.000	CDU/CSU	14,2
	-530.000	FDP	8,5
	-1.100.000	LP	17,7
	-870.000	B90/G	14,0
	-320.000	Andere Parteien	5,2
	-2.040.000	Nichtwähler	32,9
SPD - West	13.150.000	Wähler 2005	
	8.400.000	Wähler 2009	
	-4.750.000	Gesamtverlust	100,0
		darunter:	
	-620.000	CDU/CSU	13,1
	-440.000	FDP	9,3
	-780.000	LP	16,4
	-720.000	B90/G	15,2
	-270.000	Andere Parteien	5,7
	-1.560.000	Nichtwähler	32,8
SPD - Ost	3.050.000	Wähler 2005	
	1.590.000	Wähler 2009	
	-1.460.000	Gesamtverlust	100,0
		darunter:	
	-260.000	CDU/CSU	17,8
	-90.000	FDP	6,2
	-320.000	LP	21,9
	-150.000	B90/G	10,3
	-50.000	Andere Parteien	3,4
	-480.000	Nichtwähler	32,9

Datenquelle: Infratest dimap Wahlreport 2009.

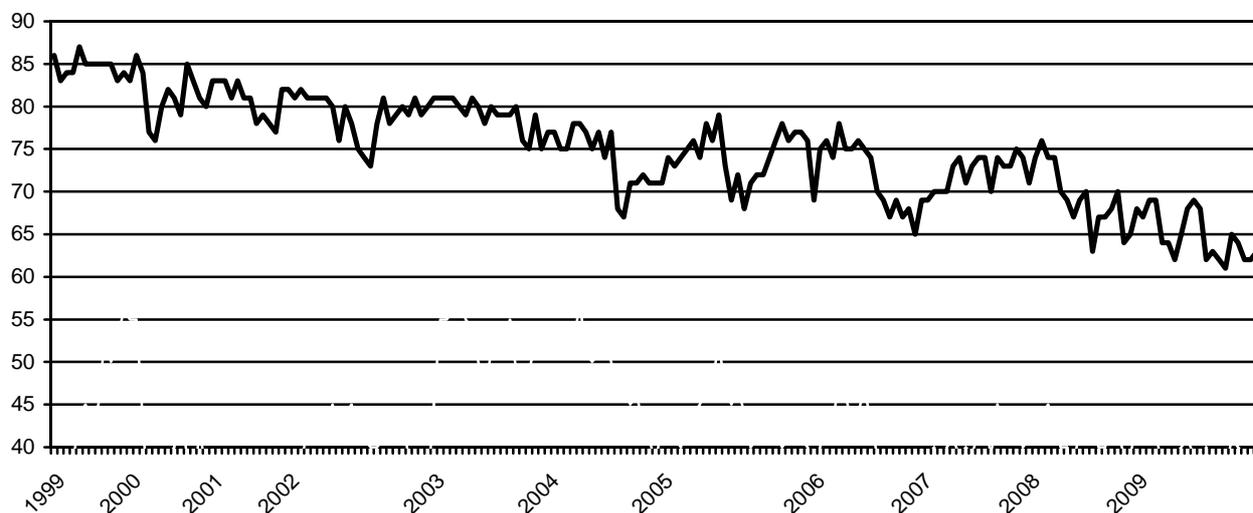
Tabelle 13: Zusammensetzung der Wählerschaft der SPD bei den Bundestagswahlen 2009 und 2005 (%)		
	2009 Basis: 10 Mio. Wähler Zweitstimmen: 23,0%	2005 Basis: 16 Mio. Wähler Zweitstimmen: 34,2%
Parteiwechsler	13,7	31,3
Einwechsler	5,6	16,0
Demographie	4,1	5,4
Wählerstamm	76,6	47,3
Summe	100,0	100,0

Datenquelle: Berechnet nach Infratest dimap Wahlreporte 2009 und 2005.

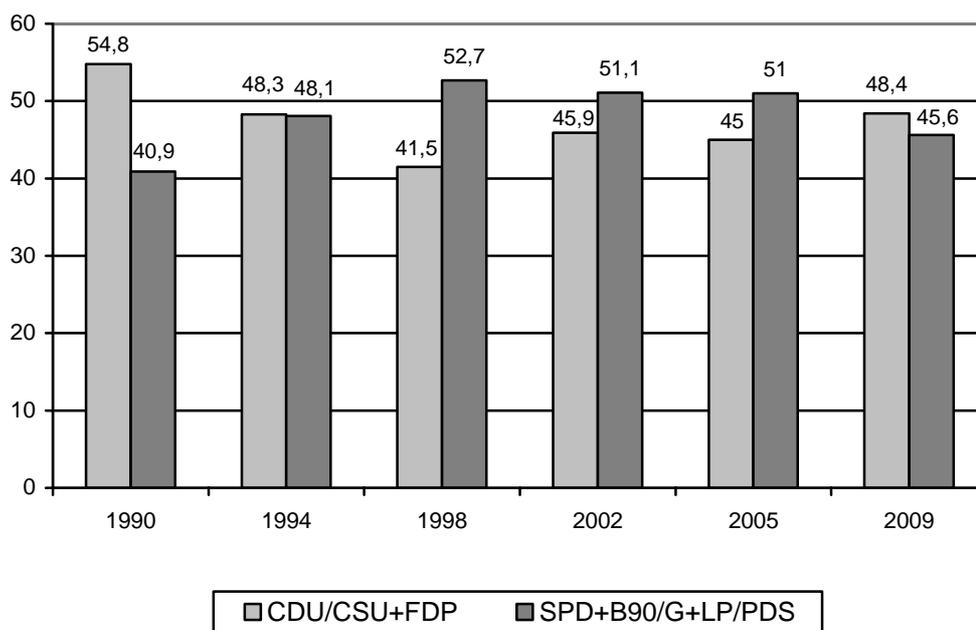
Tabelle 14: Zusammensetzung der neuen Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2009 (%)		
	Nichtwähler 2005: 14,6 Mio. (22,3%)/2009: 18,8 Mio. (29,2%)	
	abs. in Tsd.	%
CDU/CSU	1.100	27,3
SPD	2.000	50,0
FDP	70	1,8
Grüne	30	0,8
LINKE	300	7,5
Andere	50	1,3
Demographie	450	11,3
Summe	4.000	100,0

Datenquelle: Berechnet nach Infratest dimap Wahlreport 2009.

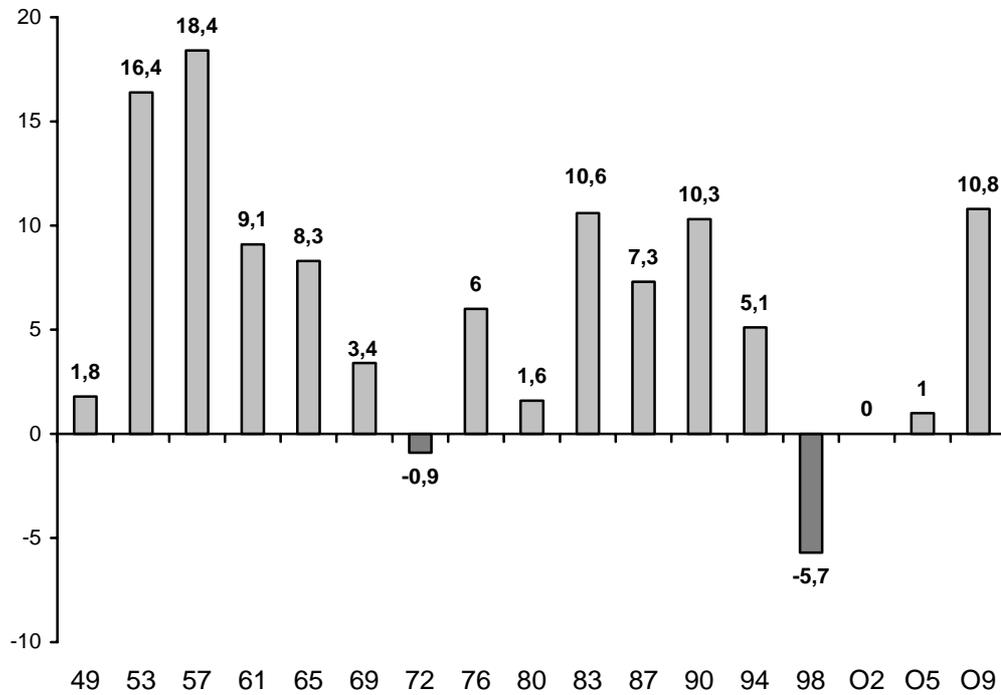
Grafik 1: Sonntagsfrage CDU/CSU und SPD addiert - Oktober 1998 bis September 2009 (%)
(Forschungsgruppe Wahlen; Politische Stimmung)



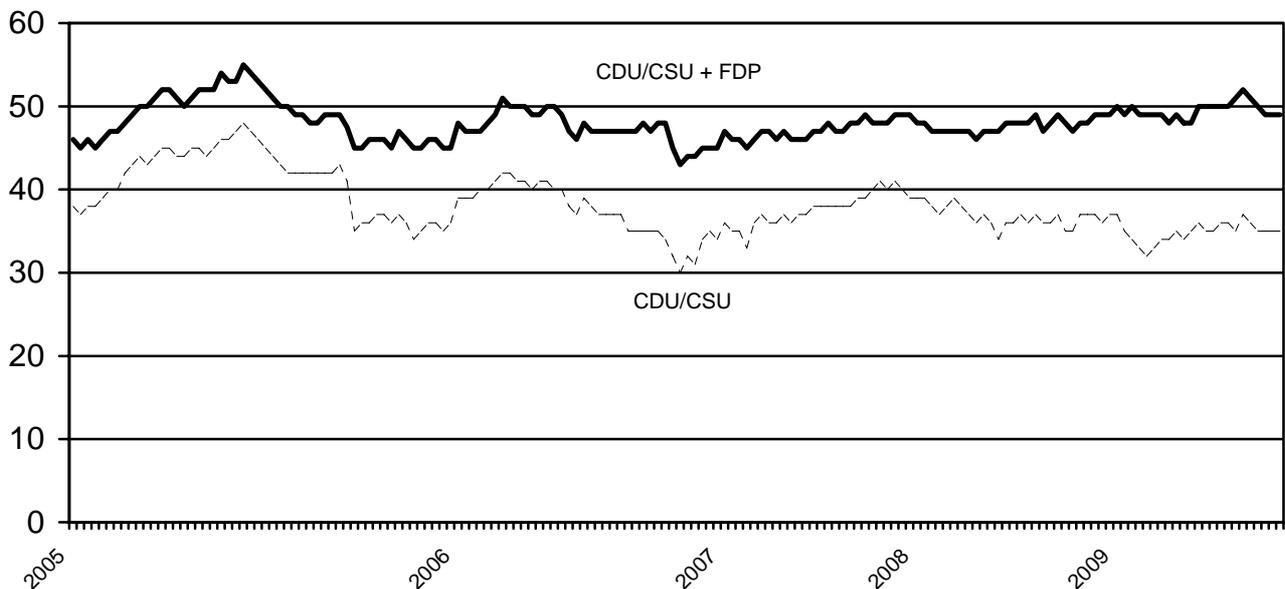
Grafik 2: Zweitstimmenergebnisse bei Bundestagswahlen nach "Lagern" 1990 - 2009 (%)



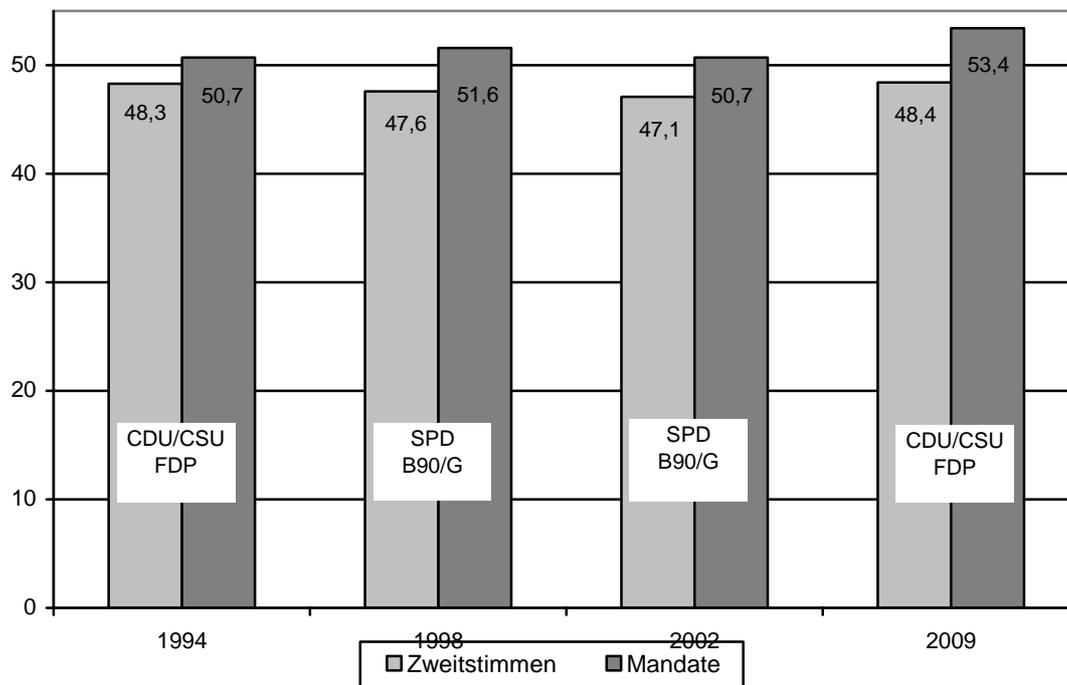
Grafik 3: Zweitstimmendifferenz CDU/CSU ./ SPD bei Bundestagswahlen 1949 bis 2009 (Prozentpunkte)



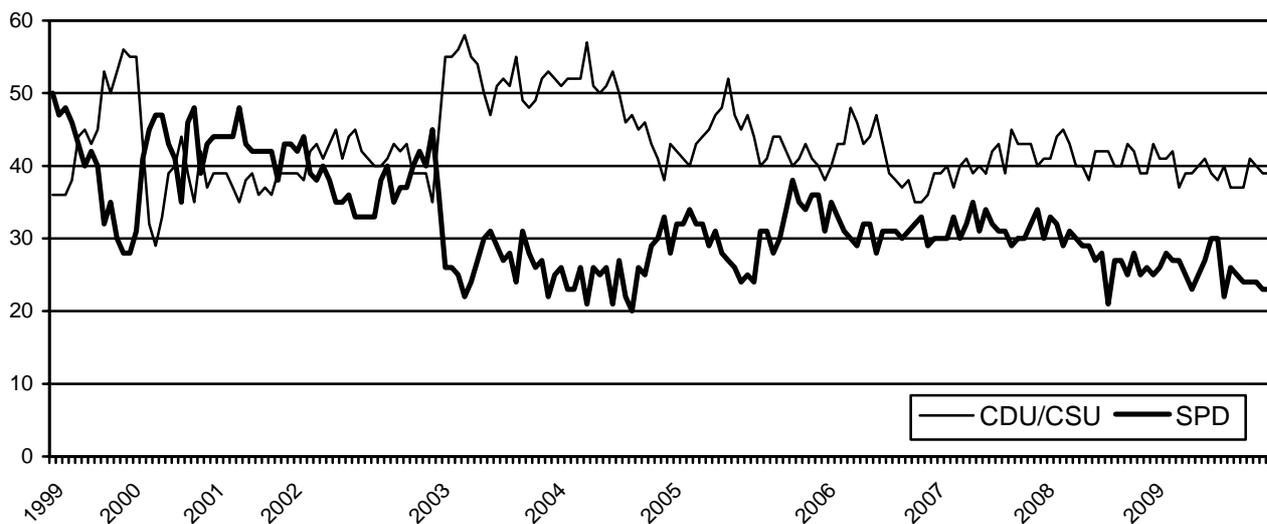
**Grafik 4: Sonntagsfrage CDU/CSU und CDU/CSU + FDP
Januar 2005 bis September 2009 (%)
(Infratest dimap; ARD Deutschlandtrend)**



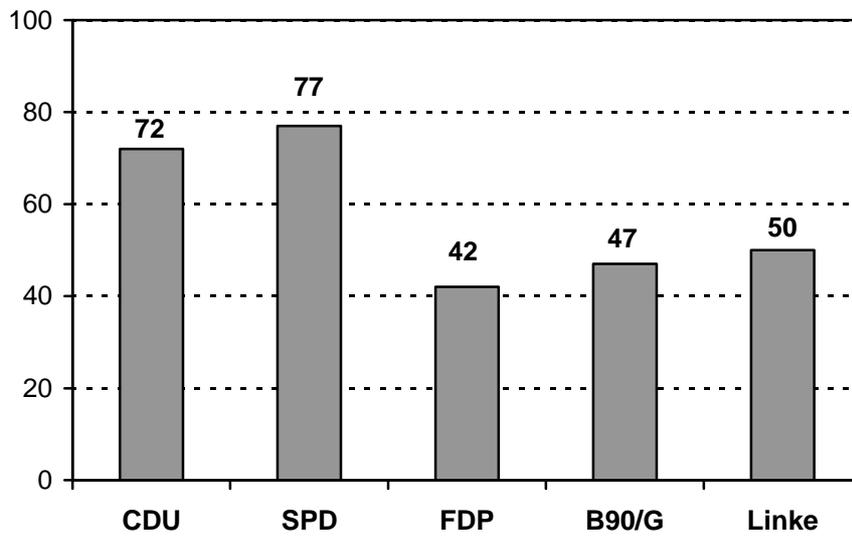
Grafik 5: Zweitstimmenanteile und Mandatsanteile der Regierungsparteien (nur kleine Koalitionen) bei den Bundestagwahlen 1994 bis 2009



Grafik 6: Sonntagsfrage CDU/CSU und SPD Oktober 1998 bis September 2009 (%) (Forschungsgruppe Wahlen; Politische Stimmung)



Grafik 7: Wählerstämme der Parteien 2009 (%)



Datenquelle: Infratest dimap Wahlreport 2009.